

AUSSPRACHE

Noch einmal:

Ein Weg zur Steuerreform

Herr Dr. Zeltner (Gewerkschaftliche Monatshefte März 1958) hat recht: Die von mir vorgeschlagene Steuerreform ist im geltenden Steuersystem nicht unterzubringen. Aber abgesehen davon, daß sie weit älter ist als dieses, wird dieser Umstand in dem Augenblick belanglos, wo man erkennt, daß die unbestrittenen Mängel des geltenden Systems durch Behelfsmaßnahmen nicht beseitigt werden können. Auch entscheidet über den Wert eines Vorschlages nicht die Herrn Zeltner unbekannte Zahl seiner Vertreter, sondern seine Logik. Ferner kann ich nicht zugeben, daß die Leser der Gewerkschaftlichen Monatshefte von meinen „Vorschlägen nicht berührt werden“; denn die Art der Steuererhebung ist nach Montesquieu der entscheidende Faktor für die gesamte Wirtschaft; daher wird *jeder*, ganz gleich, ob er Grundbesitzer ist oder nicht, ob er Leser dieser Zeitschrift ist oder nicht, von ihr berührt. Es kann ja auch niemandem gleichgültig sein, wenn der Lohn seiner Arbeit direkt durch Steuerzahlung oder indirekt durch Verteuerung der Lebenshaltungskosten gekürzt wird; denn selbst der ärmste der Armen, der niemals vom Finanzamt behelligt wird, zahlt Steuern in jedem Bissen Brot, auch wenn kein Salz darauf ist. Schließlich liegt kein Anlaß zu der Annahme vor, daß „der Landwirtschaft eine größere Steuerlast aufgebürdet werden solle“.

Im Gegenteil: nicht die Landwirtschaft oder gar *nur* die Landwirtschaft, sondern der gesamte Grundbesitz soll der Bodenwertsteuer unterliegen wie heute schon der „Grundsteuer“. Aber während diese viele Bauern durch Einbeziehung von Gebäuden und Inventar in die Bemessungsgrundlage schädigt, wird jene zahlreiche Landwirte, die über Lohn und Zins hinaus keinen Ertrag erzielen, *von jeder Steuer befreien!* Da, wie in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 1957 Nr. 12 dargelegt, Arbeits- und Kapitalinvestitionen des Besitzers bei der Bewertung seines Grundstücks *völlig ausscheiden*, ist diese nicht, wie Herr Zeltner befürchtet, schwieriger, sondern unvergleichlich viel *einfacher* als gegenwärtig. Zugleich wird das ganze Finanzsystem dadurch erheblich vereinfacht, daß im Laufe der etwa zehn Jahre erfordernden Reform auch alle Abgaben auf Umsatz, Verbrauch, Gewerbe, Lohn usw. mit ihren Buchprüfungen, Verhandlungen, Einsprüchen, Prozessen und Strafen *entfallen*. Wenn aber, zufolge amtlicher Erklärungen, keine Inflation besteht, die ständige Preissteigerung der Produkte also keine Folge abgewälzter Steuern ist, so liegen alle Steuern *heute schon* auf dem Boden, den sie infolge disproportionaler Verlagerung zum Bodenwerte unrentabel machen, wenn nicht überall, so doch in den weit überwiegenden ungünstigen Lagen. Hier liegt die unerkannte Ursache der Nöte des Grundbesitzes in viel höherem Maße als in Höchstmieten, die natürlich abzulehnen sind. Daher kann es sich nur darum handeln, die bereits vorhandene und unvermeidliche Belastung des Grundbesitzes nach dem *Werte* des Bodens zu verteilen, und das ist *keine* Mehrbelastung des Bodens, *keine* Vermehrung der Steuerlast!

Dr. Zeltner weist mir keinen Fehler in meinen Formeln nach, und daß der Bodenwert zu niedrig sei, habe ich nicht behauptet. Muß meine Ermittlung des Bodenwertes etwa darum falsch sein, weil er noch nicht amtlich festgestellt wurde? Schlimm genug, daß es noch nicht geschah! Jedenfalls habe ich dabei berücksichtigt, daß der ganz überwiegende Teil des Bodenwertes *in den Städten* liegt. Diesen Umstand übersieht mein Kritiker, wenn er schematisch 20 000 DM für 1 ha ansetzt, wobei es ungewiß ist, ob darunter der Preis oder der Wert zu verstehen ist. — Die uralte Weisheit, daß der „Boden der Urquell unserer Existenz und Wirtschaft“ ist, wird Dr. Zeltner nicht durch eine tiefere Erkenntnis ersetzen können. Im übrigen halte ich mich nicht an Einseitigkeiten und an unberechtigte Forderungen der Physiokraten, sondern an ihre unerschütterlichen Gesetze, wie Quesnay es verkündet: „Die Grundbesitzer, der Herrscher und das ganze Volk haben ein großes Interesse daran, daß die Steuer unmittelbar und völlig auf die Bodenwerte gelegt wird; denn jede andere Form der Erhebung widerspricht der Ordnung der Natur, da sie Erzeugung und Steueraufkommen einschränkt und da sie auf sich selbst zurückfällt.“ Die nicht vom Bodenwert erhobenen Steuern zehren also von der Substanz und fressen sich selbst auf. Darum müssen sie in der Reihenfolge ihrer Schädlichkeit verschwinden! Die Abgaben auf Tabak und Branntwein mögen dabei die letzten sein; aber es ist nicht angängig, die übrigen Verbrauchsteuern (1956: 2,6852 Milliarden DM) mit Zeltner als „ganz gering“ zu bezeichnen. — Ob es neben der Bodenrente noch andere arbeitslose Einkommen gibt, ist in diesem Zusammenhange gleichgültig.

Ich bin einig mit Herrn Zeltner: nicht nur die Restbodenrente als Risikoprämie, sondern auch Mittel zu Verbesserungen usw. müssen dem Grundbesitzer verbleiben! Diese Forderung aber ist nur zu erfüllen, wenn Arbeitslohn und Kapitalzins *steuerfrei* bleiben und wenn an Stelle von Abgaben, die sie schmälern, die reine Bodenrente erfaßt wird. Doch leider übersieht Herr Zeltner, daß der schrittweise Abbau der geltenden Steuern die derzeitige viel zu niedrige Bemessungsgrundlage der Bodenwertsteuer erhöht, die künstlich eingeschränkte Anbaugrenze bis zu ihrer natürlichen Ausdehnung erweitert und daß der *Abbau dieser schädlichen Steuern* der Sinn der ganzen Reform ist. Er zieht nicht die Folgerungen daraus, und darum kann ich auf seine Gegenrechnung nicht eingehen, zumal da er es offenbar für möglich hält, die Bodenwertsteuer im Preise der Produktion abzuwälzen. Außerdem ist Arbeit nur an Stoffen möglich, die dem Boden entstammen, und ob diese unmittelbar oder mittelbar vom Boden genommen werden, ist belanglos.

Zeltners zutreffender Hinweis auf das dem deutschen überlegene Steuersystem in Dänemark wird von Ph. Knab durch Beispiele wei-

terer Länder ergänzt (Gewerkschaftliche Monatshefte 1958 Nr. 3). — Viele Steuern, viele Schäden. Nur die absolut unschädliche Bodenwertsteuer trifft die Grundbesitzer proportional zu ihrer Tragfähigkeit, und das ist sinnvoller und gerechter als alle angebliche „Steuergleichheit“, die nicht nach der Verschiedenheit der Bemessungsgrundlage fragt. — Es trifft zu, daß, ohne Rücksicht auf die Art der Nutzung, in der Stadt und auf dem Lande, jedes Grundstück in unbebautem und ungenutztem Zustande, aber unter der Annahme besteuert werden soll, daß die Nachbargrundstücke angemessen bebaut und genutzt sind; denn sonst wird die Lage nicht berücksichtigt. Die zeitweilige Freistellung des Gebäudeanteils im Einheitswerte muß ein Dauerzustand werden; denn dann wird die nützlichste Tätigkeit, die Errichtung von Bauwerken und die Förderung der Kultur nicht mehr durch Steuern bestraft. — Vermeidbare Kompliziertheiten sind naturwidrig und zu beseitigen. Mit Recht schreit alle Welt nach Vereinfachung der Verwaltung; denn 40 und mehr nachweisbar verheerende Steuern wären auch dann nicht zu verantworten, wenn eine nachweisbar unschädliche Abgabe weniger eintrüge als jene Vielzahl, die jeden Bürger trifft, auch den, der sich von ihr nicht getroffen fühlt! *Heinrich Richard, Bonn*

Für eine aktive Lohnpolitik!

Der Beginn der Feierschichten an der Ruhr und die Entlassungen im Bauhauptgewerbe illustrieren recht eindeutig den Aufsatz Karl Pottmanns über die zahlreichen Ungleichgewichtigkeiten in der westdeutschen Wirtschaft (Gewerkschaftliche Monatshefte Februar 1958). Es ist müßig, an dieser Stelle darüber zu klagen, wie wenig die Lehren von Keynes bei den für die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Verantwortlichen Beachtung fanden; das von Herrn Pottmann angeführte Zurückbleiben der Löhne und Gehälter hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zeigt deutlich die Ausrichtung unserer (interessentengesteuerten) Wirtschaftspolitik. Nun mehren sich die Anzeichen, daß diese so optimistisch eingeleitete und gepriesene Politik in einen Engpaß gerät. Dabei läßt sich ein beachtlicher Wandel im Ton der offiziellen und inoffiziellen Wirtschaftskommunikare feststellen:

Die freien Unternehmer, die bei der Manipulierung ihrer Preise und Gewinne jede Einmischung des Staates ablehnen, rufen nach staatlicher Hilfe; z. B. die Zechenleitungen an der Ruhr beim Anwachsen der Kohlenhalden nach Subventionen und Importbeschränkungen. Auf die marktwirtschaftliche Idee, daß der Rückgang des Absatzes eine Folge der durch nichts gerechtfertigten Preiserhöhung ist, und daß durch eine Reduzierung dieser Preise auch der Absatz wieder steigen würde, scheint niemand zu kommen. Marktwirtschaftlich „richtig“ sind in der Bundesrepublik nur Preiserhöhungen!

Diese Fakten werden von Herrn Pottmann — auch ohne Bezugnahme auf die jüngsten Ereignisse an der Ruhr — deutlich gesehen. Ihm ist auch zuzustimmen, wenn er in einem Abbau der überhöhten Gewinne zugunsten höherer Reallöhne ein wirksames Mittel sieht, die sich abzeichnende krisenhafte Entwicklung zu verhindern. Ob dieser notwendige Abbau der Disproportionalitäten in der westdeutschen Wirtschaft freilich über einen Ausbau der Mitbestimmung (auch wenn dieser noch so weitgehend ist) erreicht werden kann, erscheint zum mindesten zweifelhaft.

Herr Pottmann weist nur auf das Auseinanderklaffen von Produktion und Konsumtion hin. Die Situation wird deutlicher, wenn man die Entwicklung der beiden Wirtschaftsbereiche betrachtet. Von 1950 bis 1956 ist der Produktionsindex der Verbrauchsgüterindustrie von 100 auf 176 gestiegen, dagegen in der Investitionsgüterindustrie auf 243. Berücksichtigt man dabei, daß 1936 beide auf 89 lagen, dann ist die völlig disproportionalere Entwicklung deutlich zu erkennen. Die Gewerkschaften haben in den Aufbaujahren nach 1948 durch Zurückhaltung bei den Lohnforderungen das sogenannte Wirtschaftswunder ermöglicht. Trotz ihres scheinbaren Monopols am Arbeitsmarkt war es dann in den folgenden Jahren nicht mehr möglich, die Reallöhne entsprechend dem Wachstum der Wirtschaft zu steigern. Die Preisträgheit der „sozialen Marktwirtschaft“ nach unten, durch Absprachen und Konzernbildungen immer fester zementiert, verhinderte bisher wirksam jede Änderung der Einkommensverteilung durch aktive Lohnpolitik.

Auch ein Ausbau der Mitbestimmung in dem durch Herrn Pottmann abgesteckten Rahmen kann hier nicht zum Ziele führen. Erforderlich ist eine gewerkschaftliche Lohnpolitik, die mit der Geld- und Kreditpolitik koordiniert ist. Auf diesen bisher viel zu wenig beachteten Zusammenhang wird in einem Aufsatz von *Herbert Ehrenberg* in der Zeitschrift *Konjunkturpolitik* hingewiesen. Es wird dort sehr instruktiv dargestellt, daß kräftige Nominallohnerhöhungen durch Verbrauchsausweitungen sehr viel zu besserer Proportionalisierung der Wirtschaft beitragen können, wenn eine der Lohnpolitik konform gehende Geld- und Kreditpolitik Preissteigerungen verhindert und durch Differenzierung der kreditpolitischen Mittel selber zum Abbau der Disproportionalitäten beiträgt.

Unter der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik scheint allerdings die Anwendung einer mit der Lohnpolitik konform gehenden Geld- und Kreditpolitik kaum denkbar zu sein. So bleibt als Nahziel nur übrig, durch eine aktive und harte Lohnpolitik für weitere Verbesserungen der Nominallöhne zu sorgen und gleichzeitig alle Macht der öffentlichen Meinung gegen jede Preiserhöhung einzusetzen. Vielleicht läßt sich mit geduldiger Kleinarbeit auch in der mit

wirtschaftspolitischer Einsicht nicht gesegneten Bundesrepublik langsam die Erkenntnis verbreiten, daß eine absinkende Konjunktur und steigende Preise ein Widerspruch in sich sind.

Herbert Borreck, Wilhelmshaven

„Kommerzielles Fernsehen?“

Der Beitrag von Günter Friedrichs im Februar-Heft 1958 zu der Diskussion um die Verpachtung des zweiten deutschen Fernsehnetzes an den Bundesverband der Deutschen Industrie verdient es, aufmerksam gelesen zu werden. Friedrichs führt interessante Beispiele aus dem „verflachten“ Fernsehprogramm der Vereinigten Staaten an, um dann auf die „Überfütterung“ des Verbrauchers mit psychologisch gezielter Werbung auch außerhalb des Fernsehens einzugehen. Diese Ausführungen verdienen völlige Zustimmung. Der Trend zu restloser Kommerzialisierung unseres Daseins wird durch die modernen Werbemethoden immer mehr forciert, und mit der Einrichtung eines zweiten — durch industrielle Werbesendungen finanzierten — Fernsehprogramms wäre den „marketing-managern“ die letzte und vollendetste Möglichkeit zur Manipulierung der Konsumentenwünsche in die Hand gegeben. Doch bei aller dankenswerten Deutlichkeit, mit welcher Friedrichs diese Fakten herausstellt, wird in seinen Ausführungen ein wichtiger Umstand übersehen.

Im volkswirtschaftlichen Sinne ist jede Werbung, die über die sachliche Aufklärung des Verbrauchers hinausgeht, als unnötiger Kostenaufwand abzulehnen, womit gesagt ist, daß diese Art Werbung nichts anderes als eine Schmälerung des Volkseinkommens bedeutet. Aber die eigenartige Struktur einer auf dem Konkurrenzprinzip basierenden Volkswirtschaft erfordert einen überaus hohen Werbeaufwand, um das Gebilde Marktwirtschaft am Leben zu erhalten. Den nach jeweiligen Bedingungen stets rational handelnden Unternehmer gibt es nur im Konkurrenzmodell der national-ökonomischen Theorie. In der realen Marktwirtschaft überschneiden sich subjektiv beeinflusste Unternehmerdispositionen und nicht realisierte Erwartungen mit den verschiedenartigsten Einschränkungen des Konkurrenzprinzips durch mehr oder weniger feste Zusammenschlüsse und Absprachen. Aus diesem Konglomerat nicht rationaler Dispositionen entstehen Fehlinvestitionen, Überschätzungen des Bedarfs und anderes mehr. Und lediglich der von Jahr zu Jahr intensiver werdende Werbeaufwand verhindert größere Rückwirkungen dieser Fehl-dispositionen. Der nicht vorhandene oder anders gerichtete Bedarf wird durch immer raffiniertere Methoden geweckt oder umgeleitet, und der ständig an Bedeutung gewinnende Zweig der Werbewirtschaft bietet gescheiterten jungen Leuten hochdotierte Stellen, wäh-

rend ihre Tätigkeit durch die künstliche Steigerung der Nachfrage wiederum dazu beiträgt, den hohen Beschäftigungsgrad der Industrie aufrecht zu erhalten. Das klingt zwar ein bißchen nach dem berühmten Baron von Münchhausen, der sich bekanntlich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen verstand, aber beleuchtet recht deutlich die Situation einer marktwirtschaftlich ausgerichteten, hochindustrialisierten Volkswirtschaft.

Friedrichs hat völlig recht, wenn er von einem durch Werbesendungen finanzierten Fernsehprogramm eine weitere Stärkung der Großbetriebe und damit Forcierung der Konzentrationstendenzen erwartet. Nur ist der Trend zur Konzentration der Industrie der Konkurrenzwirtschaft immanent, wie schon bei Marx nachzulesen ist, und eine Verhinderung

der Einschaltung der Werbewirtschaft in das Deutsche Fernsehen wird den Zug zur Konzentration nicht aufhalten. Wir haben allen Grund, uns gegen eine Beeinflussung des Fernsehprogramms durch die Privatindustrie zu wehren, aber das Problem der volkswirtschaftlichen Verschwendung durch überdimensionierte Werbeaufwendungen liegt in der Struktur unserer Wirtschaftsordnung begründet. Diese Wirtschaftsordnung zu ändern und den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit in der industriellen Massengesellschaft anzupassen, muß eines der vornehmsten Ziele aller Wirtschaftspolitik sein. Der Artikel des Verfassers bleibt zu begrüßen als ein Beitrag, der mit schonungsloser Offenheit eine der vielen Unzulänglichkeiten unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung aufdeckt.

Fred Grondey